

BAföG IN DER KRISE - ENDLICH BILDUNGSGERECHTIGKEIT UMSETZEN!

Studierende haben Sorge, die Rechnung Ende des Monats nicht zahlen zu können, nur Nudeln und Ketchup essen zu können und sich überlegen zu müssen, ob sie es sich leisten können, Freund*innen zu treffen. All diese Sorgen plagen viele Studierende täglich. Diese Situation besteht nicht erst seit der Gas- und Energienotlage und der damit einhergehenden Inflation. Seit Jahren sind Studierende von diesen Problemen betroffen. Eine Studie des Paritätischen Gesamtverbandes hat gezeigt, dass 30 % aller Studierenden in Armut leben. Erschreckend bei dieser Studie ist vor allem, dass Studierende, die BAföG beziehen, überproportional häufig von Armut betroffen sind (44,9% der BAföG- Bezieher*innen sind arm). Die Grundidee des BAföGs war es Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu etablieren. Wenn man sich allerdings jetzt das BAföG anschaut, muss man feststellen, dass das BAföG über die Jahre an Schlagkraft und Effizienz verloren hat. Die vergangenen Regierungen haben geschlafen, während sich die Lage von Studierenden mehr und mehr verschlimmert hat.

Dieses Jahr wurden bereits zwei BAföG Novellen umgesetzt. Die Freude und Erwartungen über das zügige Vorgehen der Bundesregierung haben sich jedoch schnell in Luft aufgelöst. Bei genauer Betrachtung bemerkt man, dass diese Novellen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Immer wieder wurde davon gesprochen, dass die 27. BAföG-Novelle die erste große Reform sei und die erhöhten Förderbeiträge erst im Nachhinein durch die Inflation aufgeessen worden seien. Diese Aussage ist illusionär und ein Stoß vor den Kopf von Studierenden. Seit Jahren reichen die BAföG-Zahlungen nicht aus und obwohl Verbesserungen zu begrüßen sind, spiegeln diese die Realität von Studierenden nicht wider. Initial sollte das BAföG Studierenden aus einkommensschwachen Haushalten zur Verfügung gestellt werden, um ihnen Bildung zu ermöglichen. Aktuell beziehen aber nur 11% der Studierenden BAföG, obwohl weitaus mehr von Armut betroffen sind und Förderung benötigen würden.

Es zeichnet sich ab, dass das BAföG stark reformbedürftig ist. Diese Reform darf aber nicht nur, wie in der Vergangenheit, Minimalverbesserungen anstoßen. Es braucht konkrete Schritte und Anhebungen, um die Situation von Studierenden zu verbessern und mehr Studierenden die BAföG-Förderung zu ermöglichen!

Für einen breiteren Zugang zum BAföG!

Es braucht dringend Regelungen, die mehr Studierenden den Zugang zum BAföG erlauben. Ursprünglich sollte durch die letzten Novellen mehr Studierenden eine Förderung durch das BAföG ermöglicht werden. Es sind radikalere Schritte nötig, sodass wieder eine Vielzahl der Studierenden eine Förderung erhält. Eine komplett elternunabhängige Förderung der Studierenden ist für uns in diesem Zusammenhang die einzige und logische Konsequenz. Man darf dabei auch die einmaligen Anschaffungskosten in Bezug auf das angehende Studium nicht vergessen, in diesem Zusammenhang braucht es unbedingt einen Studienstartbonus,

damit ein Laptop, Tablet oder auch die Grundausstattung für das erste WG-Zimmer bezahlt werden kann. Dieses muss natürlich auch in der Zukunft finanziert werden, weshalb es eine regelmäßige Anpassung der Fördersätze und Wohnpauschalen geben muss. Andere staatliche Förderungen, wie beispielsweise das Bürger*innengeld, sollen oder werden bereits regelmäßig angepasst. Die Verstetigung der Anpassung darf beim BAföG nicht ausbleiben. Neben der Verstetigung zur Anpassung der Fördersätze, braucht es auch eine regelmäßige Pauschale für Lernmittel. Digital- und Lernmittelpauschalen sind bereits weit verbreitet, beispielsweise bei Stipendien. Materialanschaffungen sind oft mit großen Kosten verbunden und Studierenden in prekären Situationen wird ohne eine solche Pauschale das weitere Studium deutlich erschwert.

Zurück zum Vollzuschuss!

Neben einem viel breiteren Zugang und einer endlich ausreichenden Förderung ist es unser Hauptanliegen, zu einem Vollzuschuss zurückzukehren. Ein verschuldeter Start in das Berufsleben, nur weil die finanzielle Situation der Eltern oder gesetzlichen Vertreter*innen nicht ausreichend für ein Studium ist, stellt für uns keine Option dar.

Bevor es jedoch zu einem Vollzuschuss kommt, muss die veraltete Altschuldner*innen-Regelung grundsätzlich verändert werden. Diese muss flexibler gestaltet und an die Lebensrealität der Menschen angepasst werden. Eine pauschale monatliche Zahlung von 130 € ist für viele nicht so einfach bezahlbar. Vor allem bei den steigenden Lebenshaltungskosten sollte man nicht pauschal Geld zurückzahlen müssen, sondern Zahlungsraten finden, die an die aktuelle Situation der Person und in Deutschland angepasst sind. Insgesamt muss zudem der Rückzahlungszeitraum gekürzt werden und der Maximalbetrag schrittweise abgesenkt werden, bis wir bei einem Vollzuschuss angekommen sind. Der aktuelle neoliberale Ansatz einer Ausbildungsförderung kann so nicht weitergehen.

Darüber hinaus müssen wir weg von einer starren Regelstudienzeit hin zu einem flexiblen Studium, da es nicht nur den einen idealen Bildungsweg gibt und harte Regelungen Druck und psychische Krankheiten verstärken können.

Als Campusgrün Bundesverband fordern wir nun endlich eine Reform, die ein sorgenfreies Studium mit einem anpassungsfähigen BAföG ermöglicht. Die Bundesregierung kann Studierende nicht weiterhin auf der Strecke lassen.

Beschlossen auf der 46. Bundesmitgliederversammlung

Berlin, November 2022